

Land steht Outlet-Plänen skeptisch gegenüber

Verkehrsministerium befürchtet negative Auswirkungen – Throm ruft zu gemeinsamer „Abwehr“ auf

HEILBRONN Die grün-rote Landesregierung steht dem Bau und der Einrichtung neuer Factory-Outlet-Center (FOC) in Baden-Württemberg „skeptisch gegenüber“: vor allem an „raumordnerisch nicht geeigneten Standorten“ wie etwa in Sinsheim.

Wegen der anvisierten Größe von mittelfristig 20 000 Quadratmetern Verkaufsfläche und der guten Verkehrsanbindung an die A6 seien negative Auswirkungen für das Oberzentrum Heilbronn und andere Kommunen in der Region zu befürchten. In erster Linie seien Fachhändler in den Branchen Textil, Schuhe, Lederwaren betroffen.

So heißt es in der Antwort des Stuttgarter Verkehrsministeriums auf eine kleine Anfrage des Heilbronner CDU-Landtagsabgeordneten Alexander Throm. Wie das Ministerium klarstellt, verstößt der ge-



Factory-Outlet-Center – wie hier das Wertheim Village – sind dem Einzelhandel meist ein Dorn im Auge. Foto: Archiv

plante FOC-Standort in Sinsheim gleich gegen mehrere verbindliche Ziele des Landesentwicklungsplanes 2002 und des Regionalplanes Rhein-Neckar. Gleichwohl ist die Landesregierung bereit, gemeinsam mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe auf Antrag der Stadt Sinsheim ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren durchzuführen. Dabei wird geprüft, ob die Zielabweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Throm, der auch Chef der CDU-Fraktion im Gemeinderat ist, vermisst in der Antwort des Verkehrsministeriums vor allem konkrete Aussagen über die Auswirkungen für den Heilbronner Einzelhandel und auf Kundenströme. Deshalb fordert er von der Stadtverwaltung

Heilbronn ein entsprechendes Gutachten. Darüber hinaus müsse sich die Stadt mit Landkreiskommunen und dem Landrat in Verbindung setzen. Die „Abwehr“ sei eine gemeinschaftliche Aufgabe.

Gefahr für Städte Vertreter des innerstädtischen Einzelhandels in der Stadt und im Landkreis Heilbronn verfolgen die aktuelle Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. „Hier wird versucht, geltendes Recht auszuhebeln“, kritisiert Thomas Gauß als Vorsitzender der Heilbronner Händler- und Dienstleistervereinigung Stadtinitiative den Antrag der Sinsheimer. Wie der Begriff „Zielabweichungsverfahren“ schon sage, werde angestrebt, von einem legitimen Ziel abzuweichen, nämlich dem, „die Innenstädte nicht ausbluten zu lassen“.

kra/ff

Kraußgau Stimme 5.11.11.